

CDU und FDP beim Sternmarsch dabei

Aktion am 8. Februar von Bündnis für Demokratie und Omas gegen Rechts / Ausschluss steht nicht zur Debatte

VON TINA BONFERT

STADTHAGEN. Das Bündnis für Demokratie, Zusammenhalt & Vielfalt ruft gemeinsam mit Schaumburger Vereinen für Demokratie und den Omas gegen Rechts Schaumburg für Samstag, 8. Februar, zum Sternmarsch auf. Das Bündnis appelliert an alle Bürger, „am 23. Februar zur Wahl zu gehen und demokratische Parteien zu wählen“. Die Veranstalter hoffen, eine Gegenbewegung zu den zahlreichen „Antidemokraten“ herzustellen und für Vielfalt, Toleranz und Menschenrechte einzustehen.

Die Omas gegen Rechts wollen laut eigenem Bekunden an dem bundesweiten Aktionstag ebenfalls ihre Stimme erheben und ihren Appell, zur Wahl zu gehen, unterstreichen. „Diese Wahl ist wichtiger als viele frühere“, meint Gudrun aus Stadthagen, die sich bei den hiesigen Omas gegen Rechts engagiert. „Nie war die Gefahr so groß,

dass unsere demokratischen Erregenschaften und damit die Basis unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens durch neue Mehrheitsverhältnisse im Bundestag in Gefahr geraten“, heißt es in einer Mitteilung der Omas gegen Rechts Schaumburg.

Vor dem Hintergrund der Zustimmung der Parteien zu der von CDU-Chef Friedrich Merz im Bundestag geforderten Verschärfung der Migrationspolitik haben die Omas gegen Rechts unter anderem in Hannover die CDU und die FDP von der Kundgebung am 8. Februar ausgeschlossen. So einen Ausschluss gibt es in Stadthagen nach Worten von Thomas Pawlik vom Bündnis für Demokratie nicht. „Es ist ein schmaler Grat. Wenn wir die demokratische Mitte stärken wollen und sie dann selbst zerschießen, ist das schwierig“, erklärt er. Jedoch sei die Diskussion auch „schwer auszuhalten“. Auch innerhalb des Bündnisses gebe es zwar

Stimmen, die einen Ausschluss von CDU und FDP forderten, räumt Pawlik ein, das stehe jedoch nicht zur Debatte. CDU und FDP seien Teil des Bündnisses und hätten auch von sich aus nicht geplant auszutreten.

„Man muss zwischen Kommunalpolitik und Bundespolitik sowie zwischen Stadt und Land unterscheiden“, sagt Johann Richter (Bündnis 90/Die Grünen und ebenfalls Mitglied im Bündnis für Demokratie). Die Politiker auf kommunaler Ebene hätten unter Umständen ganz andere Ziele als auf Bundesebene. Auch innerhalb der CDU gebe es Stimmen gegen die von der AfD unterstützten Forderungen im Bundestag, merkt Pawlik an. Zumal das Bündnis für Demokratie vor einem Jahr im Zuge der von der AfD geforderten „Remigration“ ins Leben gerufen worden sei.

„Es heißt immer, man muss im Gespräch bleiben. Von daher halte ich Ausschlüsse immer für schwierig“, sagt Hilde-

gard Rolke, eine Unterstützerin der Omas gegen Rechts, fügt jedoch hinzu: „Jedoch ist das, was gerade passiert, so gravierend, dass ich das gut nachvollziehen und vielleicht sogar unterstützen kann.“

Der hiesige CDU-Fraktionsvorsitzende Heiko Tadge sieht in den hannoverschen Vorgängen ein „nicht akzeptables Demokratieverständnis“. Wenn das Ziel sei, die AfD möglichst klein zu halten, helfe es nicht, „sich vom Konsens mit den bürgerlich Konservativen zu verabschieden“.

Auch in den sozialen Medien stößt der Ausschluss von CDU und FDP in Hannover auf Kritik. Ein Leser kommentiert: „In einer Demokratie ist es nicht normal, dass die Regierung gegen die Opposition demonstriert. Die Regierung hat die Aufgabe, das Land zu regieren und die Interessen aller Bürger zu vertreten, unabhängig davon, ob sie die Regierungspartei oder die Oppositionspartei un-

terstützen. Wenn die Regierung gegen die Opposition demonstriert, kann dies als Zeichen dafür gewertet werden, dass die Regierung die Opposition nicht als legitimen Teil des politischen Systems anerkennt. Dies kann zu einer Polarisierung der Gesellschaft und zu einem Verlust des Vertrauens in die Institutionen führen.“

Der Sternmarsch in Stadthagen beginnt am 8. Februar um 14.30 Uhr. Von folgenden Treffpunkten laufen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer gemeinsam zum Marktplatz: ehemalige Synagoge, Schloss, Familienzentrum, Festplatz, Friedenseiche am Ostwall, Landsberg'scher Hof. Ab 15 Uhr gibt es eine Kundgebung auf dem Marktplatz.

Die Omas gegen Rechts treffen sich zudem regelmäßig jeden Montag ab 17.30 Uhr in Stadthagen am Marktbrunnen. Ab 17.30 sind alle Interessenten zum Austausch eingeladen und können sich informieren.